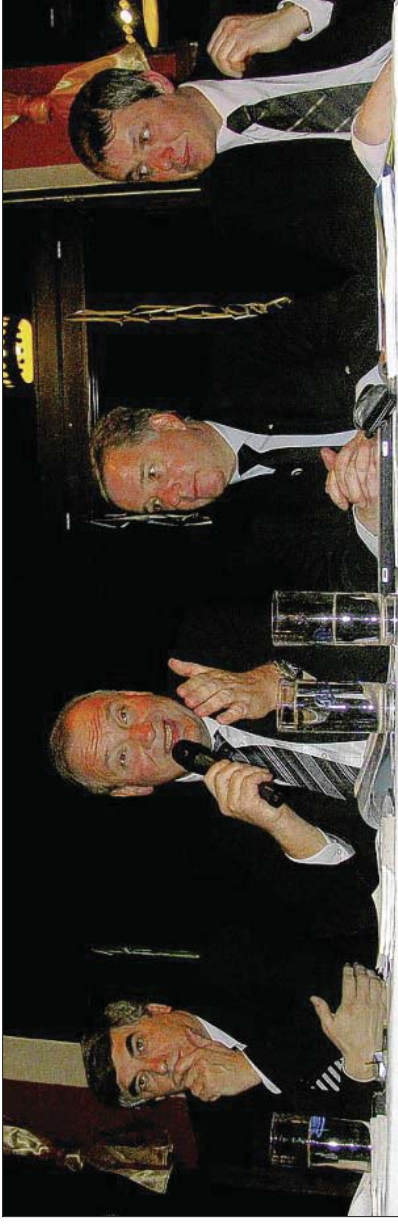


# Drei Stunden lang hatten die Bürger das Wort

Offene CSU-Gesprächsreihe – Sackmann, Löffler und Holmeier stellen sich den Fragen

CZ 01.02.2012



Waldmünchen. (ab) „Jetzt red's ihr! Und wir hör'n zu!“ – unter diesem Motto hatte der CSU-Kreisverband am Montagabend in die Perleseewirtschaft geladen. Bei dieser mittlerweile sechsten offenen Gesprächsreihe ließen sich die Bürger nicht lange bitten. Rund drei Stunden langen brachten sie aufs Tabrett, was ihnen auf den Nägeln brennt. Mit insgesamt 19 Wortbeiträgen zu verschiedensten Themen aus der Kreis-, der Landes- und der Bundespolitik konfrontierten sie die Politiker und sparten so manches Mal auch nicht mit Kritik. CSU-Kreisvorsitzender Staatssekretär Markus Sackmann (MdL), MdB Karl Holmeier und Bezirkspräsident Landrat Franz Löffler standen ihnen souverän Rede und Antwort und versprachen, sich um die vorgebrachten Anliegen zu kümmern.

CSU-Ortsvorsitzender Martin Frank konnte neben der CSU-Führung ein „volles Haus“ begrüßen. Diese offene Gesprächsreihe zeige, dass man bei der CSU das Motto „Näher am Menschen“ auch lebe. Bereits zum sechsten Mal hätten die Bürger nun Gelegenheit, mit Vertretern aller politischer Ebenen ins Gespräch zu kommen. Und es bleibe nicht nur beim Reden, denn: „Dem Zuhörer folgen oft Taten“, wie Frank meinte. Dann gab er „Feuer frei“ für die Diskussion.

Der erste Redner beklagte sich, dass die Flurbereinigung/Premeischnach 30 Jahren noch immer nicht abgeschlossen ist. Nun sei der Landtagsgeforderte, dem Amt für ländliche Entwicklung „Gas zu geben“. Sackmann versprach, mit den Zuständigen erneut Kontakt aufzunehmen, und an diesem selbst teilzunehmen. „In Waldmünchen ist man eher in Tschechien als auf der Autobahn“, meinte Franz Kehl und forderte den Westausbau der B20 von Cham-Südbis zur Landkreisgrenze. MdB Karl Holmeier verwies darauf, dass man

Standen den Bürgern Rede und Antwort: MdB Karl Holmeier, Landrat Franz Löffler und Staatssekretär Markus Sackmann mit CSU-Ortsvorsitzendem Martin Frank.

im Straßenbau zu wenig Geld habe, ein vierspuriger Ausbau sei deshalb unrealistisch. Dennoch müsse man die B20 in Richtung Straubing dreispurig mit wechselweisen Überholspuren ausbauen. Im Raum Trebersdorf werde in Kürze das Planfeststellungsverfahren eingeleitet, mit dem Planfeststellungsbeschluss sei 2013 zu rechnen.

In einem Leserbrief hatte Udo Fiedler bereits seinen Unmut über die Verkehrsinfrastruktur in Waldmünchen kundgetan. Heftige Kritik übte er nun an Landrat Franz Löffler, der beim Jahresempfang der Stadt Waldmünchen auf diesen Leserbrief eingegangen ist. Löffler habe dabei unter anderem gesagt, dass man aufhören solle „mit negativen Wortmeldungen Stimmung zu machen“. „Es kann nicht sein, dass ich den Landrat abstrafe, wenn er einmal den Mund aufmacht“, meinte Fiedler im Hinblick auf diese „demokratische Entgleisung“.

Dass er kritikfähig sei, habe er als Bürgermeister und auch als Landrat mehrfach bewiesen, so Löffler. Fiedlers Behauptung, dass Waldmünchen die schlechteste Anbindung an die Kreisstadt habe und diese mit einem „Wald- und Feldweg“ vergleichbar, könne er so nicht stehen lassen. Natürlich könnte vieles noch

besser sein, doch man habe bereits einiges verbessert. Mittlerweile hätten sich auch Betriebe wie Fischer und Optik Matt in Waldmünchen angesiedelt. Die in die Trenckstadt zu holen, gelinge nicht mit Feld- und Waldwegen. Udo Fiedler räume ein, dass Löffler als Landrat hervorragende Arbeit leiste, ihm (Fiedler) vorzuwerfen, negative Stimmung zu machen, sei demokratisch aber trotzdem nicht in Ordnung.

Die Energiegenossenschaft Land-

## „Ein ungerechter Zustand“

Eine Frau und ihr Problem mit der Abwasserentsorgung

Erich Liegl ergriff für seine Nachbarin das Wort. Da ihr Grundstück „an der tiefsten Stelle“ von Waldmünchen liegt, sei eine normale Abwasserentsorgung unmöglich. Ein Hebewerk einzubauen, scheitere an den hohen Kosten. Somit bleibe nur eine Kleinkläranlage. Der Pferdefuß hier: Für Häuser, die im Stadtgebiet liegen, gibt es den sonst üblichen Zuschuss aber nicht.

Er kritisierte, dass hier zweierlei Regelungen gälten und die Politiker bei Diätenerhöhungen doch auch zulängten. „Wenn ihr weiterhin solchen Mist produziert, drücke ich euch die Daumen, dass ihr bei der nächststen Wahl die Fünf-Prozent-Hürde schafft“, meinte Liegl schmunzelnd. Mit dem Appell: „Geht nicht, gibt's nicht“, forderte er die Politiker auf, sich dafür einzusetzen, dass auch seine Nachbarin beim Bau einer Kleinkläranlage in den Genuss eines Zuschusses kommt. Der Landrat kannte diesen „schwierigen Fall“ noch aus seiner Zeit als Bürgermeister. „Das ist ein ganz ungerechter Zustand“, gab er zu und müsse eine Regelung finden, die allen gerecht wird. Er werde sich dafür einsetzen, eine verträgliche Lösung zu finden.